

Niederschrift

über die 6. Sitzung des Rates der Stadt Jever

Sitzungstag: 24.05.2012
Sitzungsort: Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 20:02 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzende

Vredenborg, Elke

Ratsmitglieder

Albers, Udo

Bollmeyer, Matthias Dr.

Bunjes, Gertrud

Feldmann, Monika

Fessel, Jörg

Glaum, Sabine

Habersetzer, Ralph

Hahn, Udo

Harms, Siegfried

Hartl, Arnulf

Janßen, Dieter

Jong-Ebken, Roswitha de

Kourim, Frank

Lange, Hans-Jürgen

Ludewig, Enno

Rasenack, Marianne

Reck, Renate

Schüdzig, Herbert

Schwanzar, Bernhard

Sender, Alfons

Vahlenkamp, Dieter

Wilhelmy, Hans-Jörg Dr.

Wolken, Wilfried

Zielke, Beate

Zillmer, Dirk

Verwaltung

Hagestedt, Uwe

Mühlena, Björn

Müller, Mike

Rüstmann, Dietmar

Entschuldigt waren:

Stellvertretende Vorsitzende

Huckfeld, Renate

Ratsmitglieder

Andersen, Klaus

Dankwardt, Angela

Husemann, Horst-Dieter

Schönbohm, Heiko

Tagesordnung:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung durch die Ratsvorsitzende

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr.

TOP 2 Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ratsmitglieder fest.

TOP 3 Feststellen der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

TOP 4 Feststellen der Tagesordnung

Auf Anfrage **der Vorsitzenden** nach Änderungswünschen beantragt **Herr Hahn**, den Tagesordnungspunkt Nr. 9 „Kindertagesstättenbedarfsplanung und -bedarfsdeckung 2012“ abzusetzen, da ein Antrag der BfB zu diesem Thema bisher noch nicht behandelt worden sei. Dieses sei der Antrag auf Gründung einer PPP-Gesellschaft.

Herr Müller führt dazu aus, dass im zuständigen Fachausschuss vereinbart worden sei, den Antrag zurückzustellen, da das Thema erst im Jahr 2013 akut würde. In der Folge sei dieser Antrag durch konkludentes Handeln, da es im Protokoll gestanden habe, auch vom Verwaltungsausschuss geschoben worden.

Der Antrag soll dem zuständigen Fachausschuss im September mit der Konzeption 2013 nach Rücksprache mit den privaten Anbietern vorgelegt werden. Dieser Antrag sei anders zu sehen, als der Tagesordnungspunkt Nr. 9 mit dem Bau des Gebäudes, da es um die rechtliche Konstruktion des Kindertagesstättenbetriebes gehe. Es sei verfrüht, über den Antrag ohne Entscheidungsgrundlagen abzustimmen.

Auf Anfrage von **Herrn Harms** erklärt **Herr Müller**, dass der Antrag im öffentlichen Teil des Schul- und Jugendausschusses behandelt worden sei.

Die Vorsitzende fragt, ob über den Antrag **des Herrn Hahn** nun abzustimmen sei. **Herr Müller** wiederholt u.a., dass der Antrag bezüglich Gründung der PPP-Gesellschaft durch den Schul- und Jugendausschuss auf dessen nächste Sitzung vertagt worden sei, da dieser nicht mit der Bedarfsplanung 2012 in Verbindung stehe. Man könne über den Antrag **des Herrn Hahn** auf Nichtbefassung abstimmen, man habe dann aber evtl. ein großes (zeitliches) Problem, da der zugrunde liegende Antrag vertagt worden sei. Darauf könne man in Bezug auf den Tagesordnungspunkt 9 ggfs. keine Rücksicht nehmen. **Die Vorsitzende** erklärt, dass der Tagesordnungspunkt Nr. 9 somit auf der Tagesordnung bleiben sollte. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Die Tagesordnung wird wie vorgelegt festgestellt.

TOP 5 Genehmigung des Protokolls Nr. 5 über die Sitzung des Rates vom 26. April 2012 - öffentlicher Teil -

Diese Niederschrift wird mit 24 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

TOP 6 Bericht der Bürgermeisterin über

TOP 6.1 Wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Der allgemeine Vertreter der Bürgermeisterin, Herr Müller, informiert den Rat über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses aus der 8. Sitzung vom 15.05.2012. Eine Auflistung der wichtigen Beschlüsse ist dieser Niederschrift beigelegt.

TOP 6.2 Wichtige Angelegenheiten der Stadt

TOP 6.2.1 Ausfall der Sitzung des Rates am 14.06.2012

Herr Müller weist darauf hin, dass die am 14. Juni 2012 vorgesehene Sitzung des Rates ausfalle.

TOP 6.2.2 Schreiben des Objektschutzkommandos aus Afghanistan

Herr Müller teilt mit, dass ein Schreiben des Objektschutzkommandos eingegangen sei und verliest dieses. Das Schreiben liegt dieser Niederschrift an.

TOP 7 Anträge und Beantwortung von Anfragen

- keine -

TOP 8 Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung, um anwesenden BürgerInnen die Gelegenheit zu geben, Fragen von allgemeinem Interesse an Rat und Verwaltung zu richten. Davon wird kein Gebrauch gemacht, so dass die Sitzung wieder eröffnet wird.

TOP 9 Kindertagesstättenbedarfsplanung und -bedarfsdeckung 2012; hier: An- und Umbaumaßnahmen am Kindergarten Ammerländer Weg

SchuJuA Nr. 3 vom 10. Mai 2012

VA Nr. 8 vom 15. Mai 2012

Vorlage: BV/0137/2011-2016

Herr Hartl führt zu den Gründen der FDP-Fraktion aus, dem Beschlussvorschlag nicht zu folgen. **Er** rekapituliert, dass der Gesetzgeber vorgeschrieben habe, dass Krippenplätze in ausreichender Anzahl ab 2013 zur Verfügung zu stellen seien. Daran habe man nunmehr seit einem Jahr gearbeitet. Gegen den festgestellten Bedarf sei nichts einzuwenden, aber gegen den Weg, den man beschritten habe, um Lösungsmöglichkeiten zu finden, die nun in dem vorliegenden Beschlussvorschlag als Ergebnis niedergelegt seien. **Er** wolle nicht die in den letzten 9 Monaten geführte öffentliche Diskussion wiederholen, da diese allgemein bekannt sei. Genauso sei das Ergebnis, dass man sich nicht einigen konnte, auch bekannt. Bezüglich der nun vorliegenden abschließenden Beschlussvorlage nach Beratung im Schulausschuss und dem Verwaltungsausschuss habe seine Fraktion den Eindruck gewonnen, dass es einen Teil der Verwaltung und der politischen Gremien nach einem Jahr nicht interessiert habe, Alternativlösungen zu finden. Von Anfang sei man darauf fixiert gewesen, dass der Kindergarten Ammerländer Weg ausgebaut werden müsse, um den Bedarf zu decken. In etlichen Sitzungen habe seine Fraktion versucht, Alternativlösungen zu finden und nachgefragt. Man habe immer zur Antwort erhalten, dass Alternativlösungen geprüft worden seien, dass es aber keine bessere Lösung als den Ausbau des Kindergartens Ammerländer Weg gebe. **Herr Hartl** erklärt, dass **er** keine Liste gesehen haben, aus der hervor gehe, dass Alternativen seriös geprüft worden seien

und aus welchem Grunde diese nicht in Betracht gekommen seien. **Er** erinnert daran, dass man für eine Übergangslösung, die im nächsten Tagesordnungspunkt behandelt werde, seit einem halben Jahr ein Angebot vorliegen habe, dass negiert und überhaupt nicht hinterfragt worden sei. Dieses sei kein diplomatischer Weg gewesen, um mit allen Beteiligten eine seriöse Lösung zu finden. Ein weiterer Grund für die Ablehnung durch seine Fraktion sei der Kostenfaktor, der damit verbunden sei. Der Bau am Ammerländer Weg werde der Stadt um die 200.000,00 Euro kosten. Dafür habe man Fördergelder in Höhe von 195.000,00 Euro in Aussicht. Der Rat habe aber in der interfraktionellen Sitzung erfahren, dass diese 195.000,00 Euro kein Geschenk, sondern mit einer Verpflichtung verbunden seien. Die Stadt verpflichte sich damit, das neue Gebäude 25 Jahre zu betreiben. Parallel werde aber der Demografiefaktor diskutiert, der auf alle Kommunen zukomme. Man wisse bereits heute, dass die Kinderzahlen, auch wenn sie in den nächsten 2 Jahren noch steigen, aufgrund der demografischen Entwicklung abnehmen werden. Dieses bedeute, dass aufgrund der vorhandenen Baulichkeiten mittelfristig ausreichende Räumlichkeiten vorhanden seien. Diese finanzielle Bindung über 25 Jahre (3 Bürgermeisterperioden) müsse insofern hinterfragt werden, ob man eine solch lange Bindung und damit Belastung für den Haushalt auch der nachfolgenden Generationen wolle. Der letzte Punkt, warum sich seine Fraktion gegen den Beschlussvorschlag ausspreche, sei der der Planung. Bei der vorgelegten Planung handele es sich seines Erachtens um eine Notlösung. Abschließend empfiehlt **Herr Hartl** den anwesenden Ratsmitgliedern, Seite 14 des Prüfberichtes des Landesrechnungshofes zu lesen, wo einiges über das Thema Investitionen für Kindergärten und Kinderkrippenplätze stünde, um sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Herr Fessel nimmt für die CDU-Fraktion Stellung. Man sei froh, dass der lange Weg in Bezug auf die Kinderkrippenplätze nun zu einem Ziel führe. In den vergangenen Monaten habe seine Fraktion mit den entsprechenden Anträgen in den Gremien versucht, Gewissheit über die Bedarfszahlen zu erhalten und den Prozess zur Schaffung von Kinderkrippenplätzen voranzutreiben. Nachdem die Zahlen vorliegen, habe die Verwaltung einen Plan vorgestellt, wie die notwendigen Plätze geschaffen werden können. Dieser Plan sei schlüssig und werde den Vorgaben gerecht. Positiv sei dem Plan zu attestieren, dass hier Kinderkrippe, Kindergarten und Grundschule in räumlicher Nähe zueinander entstünden. Wichtig sei, dass man seiner Verantwortung gerecht werde und die notwendigen Krippenplätze für die Kinder schaffe. An dem Punkt, an den man jetzt gekommen sei, sei der Plan leider alternativlos. Nur aus diesem Grunde werde die CDU-Fraktion dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen. Aus Sicht seiner Fraktion habe es durchaus eine bessere Alternative gegeben, nämlich die Einbeziehung der privaten Anbieter in die Bedarfsplanung ohne den nun notwendigen teuren Neubau und ohne die Belastung des Haushalts. Diese Lösung sei von der CDU-Fraktion favorisiert worden, da diese nicht nur am wirtschaftlichsten gewesen sei, sondern allen Seiten am besten gerecht geworden wäre. Leider habe sich die Verwaltung von vornherein auf ein Ziel festgelegt und daher alle Sitzungen, Verhandlungsrunden und Gespräche entsprechend ergebnisorientiert geführt. Dieses gewünschte Ziel sei der Neubau einer städtischen Krippe, die durch die Diakonie betrieben werden solle und keine Kooperation mit den privaten Anbietern. So werde es nun wohl kommen, da die Alternativlösung ausgeschaltet worden sei. Auf diesem Weg bis heute, auf dem man ständig neue Bedarfszahlen und neue Argumente gehört habe, warum die privaten Anbieter nicht, oder noch nicht in den Bedarfsplan aufgenommen werden können, sei einiges auf der Strecke geblieben. Dieses sei u.a. die Haushaltskonsolidierung, worauf **Herr Hartl** bereits hingewiesen habe. Ein durch Landesmittel bezuschusster Neubau sei nicht ein Geschenk, das nichts koste und den Haushalt nicht belaste. Es bleiben nicht unerhebliche Eigenanteile und Folgekosten in Form des Unterhalts des Neubaus. Dieses Geld werde den Haushalt künftig Jahr für Jahr belasten. Wer sage, dass der Zuschuss beantragt werde müsse, da andernfalls eine andere Kommune zum Zuge komme, der verkenne die Fakten. Hier spricht **Herr Fessel** insbesondere die SWG-/Sender-Gruppe, SPD-Fraktion

und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, an. Der allgemeine Vertreter der Bürgermeisterin, **Herr Müller**, habe in der Sitzung des Finanzausschusses am vergangenen Montag erklärt, dass man noch herausfinden müsse, ob man sich als Stadt sein Vermögen leisten könne. Auch wenn sich diese Aussage auf die Abschreibungen bezogen habe, sei Fakt, dass die Stadt sich diesen Neubau eigentlich nicht leisten könne. Auf der Strecke sei jedoch auch ein jeversches Unternehmen mit 9 Mitarbeitern geblieben. 9 Bürgerinnen und Bürger und die Betreiberin würden künftig ohne Job da stehen. Seine Fraktion empfinde es als unsäglich, wenn die Schuld dem Unternehmer zugeschoben werde. Dieser habe als privater Anbieter die Erfüllung aller Auflagen nachgewiesen und auch die Gemeinnützigkeit wäre bei der Aufnahme in die Bedarfsplanung erfüllt worden. Dieses mache für einen privaten Anbieter nur dann Sinn, wenn er sicher sein könne, dass er berücksichtigt werde. Warum die Verwaltung diese Zusicherung nicht habe schriftlich dokumentieren können, habe sich seiner Fraktion nicht erschlossen. Man könne vermuten, dass der Anbieter aus dem Verfahren gedrängt werden sollte, da er nicht ins definierte Ziel gepasst habe. Als Beispiel nennt **Herr Fessel**, dass man von einem Bauunternehmer nicht die Anschaffung teurer Maschinen verlangen würde, die er nur für einen öffentlichen Auftrag benötigen würde, nur damit er sich an einer öffentlichen Ausschreibung beteiligen könne. Diesem würde man zugestehen, dass er die Maschinen erst dann kaufe, wenn er den Zuschlag erhalten hätte. Eben dieses habe man aber von dem privaten Anbieter nicht verlangt. Eine Investition in etwas, wo er nicht wisse, ob er es jemals brauche. Dieses sei nicht unternehmerfreundlich. Zum Glück bleibe eine private Krippe erhalten, für die es hoffentlich neben den städtischen Angeboten ausreichend Bedarf geben werde.

Außerdem sei der Bürgerwille auf der Strecke geblieben. Die Kundgebungen und Äußerungen der betroffenen Familien hätten gezeigt, dass sich die Kinder im "Miniclub Nemo" wohlfühlt hätten und die Eltern zufrieden gewesen seien. Die Betroffenen wollten die Aufnahme der privaten Anbieter in den Bedarfsplan. Diese hätten bei der Mehrheit im Rat kein Gehör gefunden. Familienfreundlichkeit gehe anders. Wichtig sei für viele Eltern eine flexible Betreuungszeit, da diese aufgrund der eigenen Arbeitszeiten darauf angewiesen seien. Diese Flexibilität werde es in städtischen Krippen nicht in ausreichendem Maße geben. Dieses werde wohl dazu führen, dass einige Eltern ihren Job aufgeben oder Teilzeitarbeit anstreben würden, da sie keine Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder fänden. Auch wenn es gewisse Änderungen bei der Betreuungszeit geben werde, reiche dieses für viele berufstätige Eltern nicht aus. Als Beispiel nennt **er** die Beschäftigten der Bundeswehrstandorte in Wilhelmshaven, die ihre Kinder aufgrund des frühen Dienstbeginns zwischen 6:00 und 6:30 Uhr abgeben müssten. Daraus resultiere eine Aufgabe für die Stadt Jever. Man müsse als Rat dafür sorgen, dass Betreuungszeiten deutlich früher beginnen und später enden. Die CDU werde sich dafür stark machen, dass den Wünschen und Bedürfnissen der Eltern und Kinder entsprochen werde.

Herr Schwanzar erwidert für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass man aus dem Vortrag von Herrn Fessel viele Dinge herausnehmen und sich darauf einlassen könne. Das einzig Positive an dem Vortrag sei, dass die CDU-Fraktion sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung anschließen wolle. Deshalb wolle man sich nicht auf die emotionale Ebene begeben, da vieles falsch sei, was Herr Fessel gesagt habe. Der Krippenstreit sei vorbei und dieses sei gut so. Die Verwaltung habe in den letzten Wochen hart an einem schlüssigen Konzept gearbeitet, über das der Rat in dieser Sitzung abzustimmen habe. **Herr Schwanzar** stellt fest, dass Kinderbetreuung nicht kostenlos zu haben sei. Das erneute Aufstellen eines Pavillons wäre vermeidbar gewesen, wenn nicht zu viele Illusionen zur Möglichkeiten der Einbindung der Privaten verbreitet worden wären. Die Berichterstattung sei nicht hilfreich gewesen, um am heutigen Ziel anzukommen. Der Bau der Krippe hätte längst begonnen werden können, wenn man den Vorsatz gleich umgesetzt hätte und sich nicht durch Gutachten, Leserbriefserien und Klageandrohungen hätte verunsichern lassen. Selbst vor einer Verhinderung dieses notwendigen

Krippenneubaus habe man nicht zurückgeschreckt und Gerüchte gestreut, dass die Finanzierung des Landes geringer ausfallen könne. Heute wüssten und glaubten wohl hoffentlich alle, dass das Geld beim Landkreis zum Abruf bereit liege und man für den Neubau eines Krippenplatzes 13.000,00 Euro pro Kind/Platz erhalte, also insgesamt 195.000,00 Euro.

Seine Fraktion begrüße es, dass das "Sonnenkäferhaus" als private Einrichtung weiter geführt werde. Sie werde in Zukunft darauf dringen, dass diese Einrichtung nicht ausgehungert werde. Man hoffe, dass dieser Anbieter mit seinen Angeboten noch lange weiter existieren werde. Seine Fraktion bedauere, dass sich zwei Fraktionen und ein Einzelbewerber bis hin zur Unterstützung entsprechender Gutachten in diese Argumentationslinie hätten hineinziehen lassen. Dieses habe zu einem großen Zerwürfnis in diesem Rat geführt. Sicherlich sei die Außendarstellung der Auffassungen von Stadt und Landkreis nicht geradlinig und eindeutig genug gewesen. Dieses könne man besser organisieren. Andererseits habe die CDU-Fraktion einen Mitarbeiter der Landesschulbehörde in ihren Reihen. Dieser habe Zugang zu den Gesetzestexten und zu Mitarbeitern. Sein Einfluss hätte etwas daran ändern können, dass hier mit falschen Karten gespielt worden sei. Heute hoffe seine Fraktion, dass die CDU-Fraktion dieses Konzept zum Nutzen der Eltern und Kinder in Jever, als Standortvorteil und Zukunftsmodell, unterstütze. Selbst der Bürgermeister von Schortens bezeichne eine gute Kinderbetreuung als Standortvorteil. Es sei ein Widerspruch, wenn einerseits gesagt werde, dass die Kinderbetreuung zu viel koste, andererseits aber sollen bessere Angebote gemacht werden. **Er** könne sich vorstellen, dass man familienfreundliche Betriebe in nächster Zeit prämiere. **Herr Schwanzar** schlägt vor, Industrie und Wirtschaft anzusprechen und darüber zu informieren, wie viel sie davon profitieren, dass in Jever eine gute Kinderbetreuung angeboten werde. Mehr Kinder wie in Frankreich gebe es nur, wenn die Chance bestehe, Beruf und Kinder unter einen Hut zu bringen. Wenn man Kinderkrippe, Kindergarten und Grundschule an einem Standort arrondiere, dann könne irgendwann einmal der Kindergarten Steinstraße aufgegeben werden. Darüber werde schon lange im Sozialausschuss diskutiert. Dieses gehe mit einer größeren Effizienz einher, so dass man mit weniger Kräften auskommen könne. Aus diesem Grunde solle diese Diskussion nicht mehr geführt werden; man solle versuchen, an diesem Konzept weiter zu arbeiten.

Herr Dieter Janßen geht einführend auf die Aussagen von Herrn Hartl zum Anbau an den Kindergarten Ammerländer Weg ein. Die SPD-Fraktion sei von Beginn an für den An- bzw. Umbau gewesen. Dieses Ansinnen sei nicht neu und liege den Fraktionen bereits lange vor und man habe auch lange darüber beraten. Seine Fraktion sehe die demografische Entwicklung nicht negativ sondern positiv. Man denke, dass man in Zukunft sehr viele Kinder in Jever haben werde und dass alle in Zukunft benötigten Plätze geschaffen werden können. Man sehe das Betreuungskonzept der Stadt nicht so negativ, wie Herr Fessel dieses geschildert habe. Es sei ein gutes Konzept. **Er** betont, dass keiner, auch die SPD-Fraktion nicht, die privaten Anbieter vergraulen wolle. **Er** habe an jeder Sitzung des "Runden Tisches" teilgenommen und die Diskussion verfolgt. Dort sei sachlich diskutiert und Meinungen ausgetauscht worden; jeder sei zu Wort gekommen. Auch der Landkreis habe als Berater daran teilgenommen und man sei letztendlich zu einem guten Ergebnis gelangt. Für die SPD-Fraktion war und sei wichtig, dass jedes Kind, das in Jever eine Betreuungsplatz benötige, einen solchen bekommen müsse. Dieser Betreuungsplatz müsse aber für die Eltern bezahlbar sein und Qualität bieten. Wenn man diese Anforderungen mit dem Angebot der privaten Anbieter vergleiche, gebe es große Unterschiede. Die privaten Anbieter seien erheblich teurer, als die öffentlichen Einrichtungen. Da die Stadt eine Daseinsvorsorge vorzuhalten habe, spreche sich die SPD-Fraktion dafür aus, dass die Stadt Jever günstige Plätze anbiete, die alle Eltern in Anspruch nehmen können. Es gehe um die Zukunft der Kinder, um Chancengleichheit, Bildung im frühesten Alter und das Lernen von sozialen Kompetenzen. Seine Fraktion sei froh gewesen, dass in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 13.03.2011 ein

einmütiger Beschluss gefasst worden sei. Hier habe die Verwaltung klar aufgezeigt, wie das Betreuungskonzept für Jever zukünftig aussehen solle. Dieses sehe heute genau so aus, wie es damals beschlossen worden sei. Man sei froh darüber, dass der "Runde Tisch" gebildet worden und man dort in sachlicher Art und Weise zu einem Ergebnis gekommen sei. Über die Kinderbetreuungssituation in Jever, insbesondere was die Kinderkrippenplätze angehe, sei lange diskutiert und auch öffentlich gestritten worden. Dagegen spreche nichts, denn letztendlich sei das Ergebnis wichtig. Es sei wichtig, dass es um die Sache gehe und nicht um politische Farbenspiele. Leider sei dabei in der Öffentlichkeit ein Negativimage für Jever entstanden. Dieses hätte vermieden werden können, wenn sachlich berichtet und nicht suggeriert worden wäre, dass die Politik und die Verwaltung die privaten Anbieter vergraulen wollen. Dieses sei nicht der Fall gewesen. Hier habe man nicht die Bedingungen erfüllen können und wollen, die die privaten Anbieter hätten erfüllen müssen. Dieses sei alles im Rahmen des "Runden Tisches" diskutiert worden. Es habe festgestanden, dass Jever seiner Verpflichtung nachkommen wolle, ausreichend und rechtzeitig Kinderbetreuungsplätze vorzuhalten. Als Kreisstadt habe die Stadt Jever eine Vorbildfunktion zu erfüllen. Kinderfreundlichkeit sei eine Pflicht und dürfe keine Sprechblase bleiben. Im Vergleich zu anderen Gemeinden gebe es in Jever eine Ausnahmesituation, da es auch private Anbieter für die Krippenbetreuung gebe. Bei der Diskussion sei es nur um die Aufnahme der privaten Krippenbetreiber in den Bedarfsplan der Stadt gegangen. Hier seien viele rechtliche Fragen zu klären gewesen. Dabei seien die Politiker auf die Verwaltung und die Fachleute angewiesen gewesen, da sie nur ehrenamtlich tätig seien und dieses umfangreiche Wissen nicht haben können. Aus diesem Grunde habe es die teilweise hitzigen und langen Debatten gegeben. Dem Rat sei hier kein Vorwurf zu machen. **Herr Janßen** wiederholt, dass es Ziel der SPD-Fraktion sei, dass ausreichende, bezahlbare und qualitativ gute Krippenplätze vorgehalten werden. Diese gelte auch bei den jetzt höheren Zuschusskosten von 100.000,00 Euro pro Jahr, die bereitzustellen seien. **Er** weist darauf hin, dass zusätzlich 200.000,00 Euro notwendig seien. Insgesamt habe die Stadt 1,2 Millionen Euro als freiwillige Leistung für die Kinderbetreuung ausgegeben. Diese erhöhe sich nun, werde aber von seiner Fraktion begrüßt, da die Kinderbetreuung wichtig für die Stadt sei. Das Ansinnen seiner Fraktion sei zudem, Kindergarten, Kinderkrippe und nach Möglichkeit die Grundschule unter einem Dach zu vereinen. Dieses sei in Cleverns in hervorragender Art und Weise gelungen. Ähnlich werde sich diese Situation auch in Zukunft am Ammerländer Weg darstellen. Für seine Fraktion gebe es keine Alternative zu dem Anbau der Krippe an den Kindergarten Ammerländer Weg. Nun heiße es, schnellstmöglich zu handeln, damit der Bau in Angriff genommen werden könne, damit alle Kinder in Jever versorgt werden können. Wichtig sei zudem, dass für die Eltern Verlässlichkeit bestünde. Bei den Krippen müssten Qualität und flexible Zeiten auf Dauer gewährleistet werden. **Er** sei davon überzeugt, da man den Arbeitskreis eingerichtet habe, der auch im nächsten Jahr tagen und die Situation neu beleuchten werde. Dieser könne dem Rat dann Hinweise geben, wie er tätig werden müsse. Dem steigenden Hortbedarf müsse nachgekommen werden. Es handele sich dabei um eine freiwillige Aufgabe. Die Eltern müssten sich auch darauf verlassen können, dass in den Ferienzeiten Betreuungsangebote vorhanden seien. Dieses sei ein freiwilliges Angebot, das aber bezahlt werden müsse. In finanzieller Hinsicht sei dieses ein großer Kraftakt. Dieser sei aber zu leisten und werde sich für die Stadt Jever als Standortfaktor und als zukunftsweisende Investition für Kinder und Familien in Jever auszahlen.

Herr Janßen bestätigt, dass der Landkreis etwa 1,3 Millionen Euro für Neu-, An- oder Umbauten für Krippenplätze für den gesamten Kreis zur Verfügung stelle. Wenn hier jetzt nicht zugegriffen werde, würden andere Gemeinden dieses tun. Die Stadt habe einen entsprechenden Antrag auf diese Mittel so frühzeitig gestellt, dass der geplante Anbau nun getätigt werden könne. 95 % der Gesamtbaukosten würden als Zuschuss gezahlt. Dieses beinhalte, dass man eine behindertengerechte Ausstattung haben müsse und dafür Mehrkosten in Höhe von 65.000,00 Euro entstünden. Dieses habe man damals

nicht wissen können, aber das Geld müsse in die Hand genommen werden, damit die Betreuungsangebote für alle Kinder gewährleistet werden können.

Abschließend stellt **Herr Janßen** fest, dass der gewählte Standort zentral liege, man dort alles unter einem Dach habe und Werte für die Stadt Jever schaffe. An dieser zentralen Stelle würden Krippen- und Kindergartenplätze auch noch in 25 Jahren gebraucht.

Frau Glaum erklärt, dass die Herren Schwanzar und Janßen alles gesagt hätten, was zu dem Thema zu sagen gewesen sei und zieht ihre Wortmeldung daher zurück.

Herr Müller führt aus, dass **er** von einem nochmaligen Vortrag des Konzeptes, der rechtlichen Bedenken und der Kommentierung der getätigten Aussagen absehen wolle. **Ihm** sei klar, dass es hier zwei Meinungen gebe. Die eine Seite habe die Ansicht vertreten, dass der "Miniclub Nemo" ohne Rücksicht auf die Folgen für die Stadt hätte dabei sein sollen, während die Verwaltung den Standpunkte vertrete, dass man versucht habe, alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Zu einem Vertrag gehören aber zwei, die sich auch "vertragen" wollen. Es sei für beide Parteien nicht immer einfach gewesen. Letztendlich habe man nicht ohne Grund eine Gesprächsrunde eingerichtet, in die viel Zeit investiert worden sei. Dieses gelte auch für die ehrenamtlich beteiligten Personen. In der Gesprächsrunde sei man dann weiter gekommen, weil die Argumente des "Miniclubs Nemo" auch einmal aus anderer Warte beleuchtet worden seien. **Herr Müller** betont, dass man nicht mehr in die Vergangenheit schauen solle, sondern in die Zukunft. Die Stadt Jever sei in der Vergangenheit eine familienfreundliche Stadt gewesen und werde es auch weiterhin bleiben. Dieses solle das gemeinsame Ziel sein. Die Dauer des Verfahrens habe nicht an der Verwaltung gelegen. Es habe aber sehr viele offene rechtliche Fragen gegeben, die von verschiedenen Stellen bewertet werden mussten. Dieses resultiere aus der besonderen Situation Jevers (das Vorhandensein privater Anbieter), die in der Region einmalig sei. **Er** sei froh, dass einer der privaten Anbieter, der sehr leistungsfähig sei, der Stadt Jever erhalten bleibe und **er** hoffe, dass dieser mit auf den Zug aufspringe und das Angebot für die Eltern, die absolute Sonderzeiten benötigen, mit abdecken könne. Hier könne man sich gegenseitig ergänzen. Im privaten Sektor wäre sicherlich Platz für 2 Anbieter gewesen, aber der zweite Anbieter müsse auch wollen. Dieses sei mit einem unternehmerischen Risiko verbunden, das die Stadt aber nicht abnehmen könne. Die Stadt werde alles tun, um mit dem "Sonnenkäferhaus" weiterhin gut zusammen zu arbeiten. Die Eltern, den man nicht helfen könne, werde man diesen Anbieter empfehlen. Sein Wunsch sei, dass das Angebot, das die Stadt jetzt mit viel Aufwand und Geld geschaffen habe, von den Eltern auch angenommen werde. Man hoffe, dass man den Elternwillen getroffen habe. **Herr Müller** wünscht der Familie Hölscher, dass diese neue Wege finden werde. **Er** bedauert, dass man nicht helfen können, aber "von einem Birnenbaum könne man keine Äpfel pflücken".

Beschlussvorschlag:

Der geplanten Umbaumaßnahme am Kindergarten Ammerländer Weg zur Wiederherstellung der Nutzung der Räumlichkeiten des Obergeschosses wird zugestimmt.

Mit der weiteren Planung und Errichtung der Krippe am Kindergarten Ammerländer Weg, entsprechend des Beschlusses des Rates der Stadt Jever vom 13.10.2011, ist umgehend zu beginnen.

Der erforderlichen überplanmäßigen Ausgabe für die beschriebenen zusätzliche Umbaumaßnahmen im Kindergarten, insbesondere

zur Wiederherstellung der barrierefreien Nutzung des Obergeschosses, in Höhe von 65.203,74 EUR wird zugestimmt.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 21 Nein 4 Enthaltung 1

TOP 10 Kindertagesstättenbedarfsplanung und -bedarfsdeckung 2012; hier: Deckung des Hortbedarfs

SchuJuA Nr. 3 vom 10. Mai 2012

VA Nr. 8 vom 15. Mai 2012

Vorlage: BV/0138/2011-2016

Herr Schwanzar drückt seine Freude darüber aus, dass die Verwaltung kreativ gewesen sei und diesen für seine Fraktion unglücklichen Ausbau im Dachgeschoss der Paul-Sillus-Schule verworfen habe und jetzt die Hausmeisterwohnung der Grundschule Harlinger Weg zur Verfügung stehe. Dort gebe es die meisten Kinder, die betreut werden müssen. Man hoffe zudem, dass die Grundschule Harlinger Weg eine Ganztagschule werde. Daher denke man, dass es sich um eine gute Lösung handle, da dort mehr Hortplätze geschaffen würden.

Der Rat der Stadt Jever beschließt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, anstelle des geplanten Hortes an der Paul-Sillus-Schule (VA-Beschluss vom 31.05.2011 und Ratsbeschluss vom 22.03.2012) zum kommenden Schuljahr 2012/2013 einen Hort an der Grundschule Harlinger Weg in der jetzigen Hausmeisterwohnung einzurichten.

Der erforderlichen überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 29.000,00 EUR wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine sonstige Einrichtung als ergänzende Betreuung zur Ganztagschule an der Paul-Sillus-Schule einzurichten.

Für diese beiden Einrichtungen wird die Leistung P1.3.6.5.00.600 „Horteinrichtungen“ unter dem Produkt „Tageseinrichtungen für Kinder“ gebildet.

Der erforderlichen überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 54.800,00 EUR wird zugestimmt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 25 Enthaltung 1

TOP 11 Kindertagesstättenbedarfsplanung und -bedarfsdeckung 2012; hier: Sicherstellung der Ferienbetreuung

SchuJuA Nr. 3 vom 10. Mai 2012

VA Nr. 8 vom 15. Mai 2012

Vorlage: BV/0139/2011-2016

Der Rat der Stadt Jever beschließt:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk Jever e.V. für die Zeit vom 23.07. bis 10.08.2012 eine halbtägliche als auch eine ganztägliche Ferienbetreuung in den Kindertagesstätten Klein-Grashaus und Ammerländer Weg einzurichten.

Für die Inanspruchnahme dieses Angebotes ist eine Gebühr in Höhe von 30,00 EUR wöchentlich bei Halbtagsbetreuung und in Höhe von 40,00 EUR wöchentlich bei Ganztagsbetreuung zu erheben. Die Mittagsverpflegung ist gesondert zu zahlen.

Für einkommensschwache Familien gelten die Bestimmungen über die wirtschaftliche Jugendhilfe. Sofern die Voraussetzungen hierfür erfüllt sind, ist lediglich ein Sockelbeitrag von 20,00 EUR für die gesamte Ferienbetreuung zu zahlen.

Für die kommenden Jahre ist gemeinsam mit dem Haus Sonnenkäfer von Frau Gräßner Weber und dem Diakonischen Werk ein Konzept für eine Gestaltung der zukünftigen Ferienbetreuung zu erarbeiten.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 25 Enthaltung 1

TOP 12 Kindertagesstättenbedarfsplanung und -bedarfsdeckung 2012; hier: Ausweitung der Betreuungszeiten

SchuJuA Nr. 3 vom 10. Mai 2012
VA Nr. 8 vom 15. Mai 2012
Vorlage: BV/0140/2011-2016

Der Rat der Stadt Jever beschließt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird zum nächsten Kindergartenjahr im Kindergarten Cleverns und an der Grundschule Cleverns eine altersgemischte Gruppe für Kindergarten- und Grundschulkinder mit einem zeitlichen Betreuungsumfang von 12:30 Uhr bis 15:00 Uhr einrichten. Für die Kinder dieser Gruppe ist eine Mittagsverpflegung sicherzustellen.

Die Verwaltung wird im Kindergarten Moorwarfen zum nächsten Kindergartenjahr die Regelbetreuungszeit eine Kindergartengruppe von bisher 4 Stunden auf 5 Stunden erweitern. Des Weiteren wird im Kindergarten Moorwarfen eine Nachmittagsgruppe mit einer Regelbetreuungszeit von 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr eingerichtet.

Der geplante Abbau einer Integrationsgruppe am Nachmittag im Kindergarten Ammerländer Weg wird nicht vollzogen. Diese Integrationsgruppe wird aufgrund des gestiegenen Bedarfs beibehalten.

Am Kindergarten Klein-Grashaus wird für die Dauer eines Jahres (bis zur Fertigstellung der Krippe am Ammerländer Weg) zur Deckung des Krippenbedarfs im Rahmen eines Ganztagesangebotes eine Übergangslösung (Pavillon) in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk Jever e.V. geschaffen.

Die zusätzlichen Personalkosten, der erhöhte Defizitausgleich an das Diakonische Werk und die Bereitstellungs- und Unterhaltungskosten eines Krippenpavillons in Höhe von 114.000,00 EUR werden überplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 20 Nein 2 Enthaltung 4

TOP 13 **Satzung der Stadt Jever über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Kindertagesstätten**

SchuJuA Nr. 3 vom 10. Mai 2012

VA Nr. 8 vom 15. Mai 2012

Vorlage: BV/0135/2011-2016

Der Rat der Stadt Jever beschließt

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Jever beschließt die im Entwurf beigefügte Satzung der Stadt Jever über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Kindertagesstätten.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 24 Nein 1 Enthaltung 1

TOP 14 **Einrichtung einer mobilen Mensa im Foyer des Theaters am Dannhalm für den Ganztagsbetrieb der Paul-Sillus-Grundschule und der Oberschule**

SchuJuA Nr. 3 vom 10. Mai 2012

VA Nr. 8 vom 15. Mai 2012

Vorlage: BV/0136/2011-2016

Herr Janßen führt aus, dass nach seiner Kenntnis der Bauausschuss des Landkreises getagt habe und er davon ausgehe, dass ein Vertreter der Verwaltung an dieser Sitzung teilgenommen habe. Er fragt, ob es neue Erkenntnisse zu dem Thema gebe. **Herr Müller** erklärt, dass er als Vertreter der Stadt an der Sitzung des Bauausschusses des Landkreises teilgenommen habe. Dort habe es eine längere Debatte gegeben. Vom Landkreise sei geplant, wenn die erforderlichen Beschlüsse der zuständigen Gremien

vorliegen, in der Oberschule eine Mensa einzurichten, wobei die Grundschule diese mit nutzen könne. Man verhandele mit dem Landkreis darüber, dass Teile der Einrichtung der provisorischen Mensa in der geplanten Mensa in der Oberschule Verwendung finden können. Außerdem werde mit dem Landkreis darüber verhandelt, in welcher Höhe eine Beteiligung an den Kosten erfolgen soll. **Er** habe dem Landrat gegenüber geäußert, dass die Entscheidung über eine Kostenbeteiligung vom Rat der Stadt getroffen werde, wenn die Fakten vorlägen. **Herr Müller** erklärt, dass **er** guten Mutes sei, dass sich die Stadt kostenmäßig besser stehe, wenn man ein Gemeinschaftsprojekt im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit anstrebe. Die Stadt gestehe dem Landkreis zu, dass die 5. Klassen der Oberschule die mobile Mensa im Foyer des Theaters am Dannhalm nutzen dürfe. Auch dafür würden die Kosten aufgeteilt. Die endgültigen Entscheidungen über die Mitnutzung der Mensa in der Oberschule könnten erst erfolgen, wenn der Landkreis abschließend darüber beschlossen und Angebote darüber vorgelegt habe. Sobald weitere Fakten vorliegen, werde die Verwaltung den Rat umgehend informieren und ein Vorschlag unterbreiten, ob man das dann vorliegende Angebot annehmen und verhandeln sollte.

Herr Harms ergänzt, dass die Sitzung des Bauausschusses des Landkreises langwierig gewesen sei. **Er** habe bedauert, dass die Lehrer- und die Elternschaft im Vorfeld nicht mit eingebunden worden sei. Es habe eine Beschlussvorlage vorgelegen. Darüber habe es Unstimmigkeiten gegeben, die noch nicht ausgeräumt seien. Hier gehe es aber um den provisorischen Übergang, für den man eine Lösung finden müsse. Bezüglich einer gemeinsamen künftigen Lösung mit dem Landkreis empfiehlt **er** der Verwaltung, Kontakt mit der Paul-Sillus-Schule und der Oberschule aufzunehmen.

Der Rat der Stadt Jever beschließt

Beschlussvorschlag:

Im Foyer des Theaters am Dannhalm wird während des Schuljahres 2012/13 eine mobile Schulmensa für die Schüler der Paul-Sillus-Ganztagsgrundschule und die 5. Klassen der Elisa-Kauffeld-Oberschule eingerichtet. Die hierfür notwendigen räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen sind bereitzustellen.

Die reinen Menükosten des Lieferanten der Schulverpflegung sind zu 100 % umzulegen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

**TOP 15 Einführung einer Tempo-30-Zone für den gesamten Clevernser Schulweg;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 26.03.2012**

**PlanA Nr. 4 vom 2. Mai 2012
VA Nr. 8 vom 15. Mai 2012
Vorlage: BV/0122/2011-2016**

Herr Janßen führt aus, dass seine Fraktion für den Clevernser Schulweg, der auch ein Schulweg sei, mehrere Vorstöße bezüglich einer Tempo-30-Zone gemacht habe. Das dieses nun gelungen sei, freue ihn sehr, umso mehr, da der Beschluss in der Fachausschusssitzung einstimmig erfolgt sei. **Er** bitte auch in diesem Gremium um eine einstimmige Mehrheit.

Der Rat der Stadt Jever beschließt

Beschlussvorschlag:

Für den Clevernser Schulweg (Teilstück zwischen den Ortschaften Rahrdum und Cleverns) wird eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h eingerichtet.

Die Tempo 30-Zone Voßland wird um das im geschlossenen Ortsbereich Cleverns gelegene Teilstück des Clevernser Schulwegs sowie die Teilstrecke Voßland entlang des Dorfplatzes erweitert.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

**TOP 16 Baugebiet Großer Herrengarten;
Aufhebung der Sperrung der Erschließungsstraßen zum Mühlenweg**

**PlanA Nr. 4 vom 2. Mai 2012
VA Nr. 8 vom 15. Mai 2012
Vorlage: BV/0126/2011-2016**

Der Rat der Stadt Jever beschließt

Beschlussvorschlag:

Die Sperrung der Verbindung zwischen dem Mühlenweg und den Erschließungsstraßen im Baugebiet Großer Herrengarten wird zum 15. Juni 2012, 12.00 Uhr, aufgehoben.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 15 Nein 11

**TOP 17 Vergabe der Architekten- und Ingenieurleistungen;
Antrag des Ratsmitgliedes Udo Hahn**

**BauA Nr. 3 vom 9. Mai 2012
VA Nr. 8 vom 15. Mai 2012
Vorlage: BV/0130/2011-2016**

Der Rat der Stadt Jever beschließt

Beschlussvorschlag:

Die von der Verwaltung erstellte Aufstellung über die in den Jahren 2009 bis 2011 abgeschlossenen Ingenieurverträge sowie die Aufstellung über die in 2012 vorgesehenen Vergaben wird zur Kenntnis genommen.

Die Richtlinie der Stadt Jever über die Abgrenzung der Geschäfte laufender Verwaltung und die Delegation von personalrechtlichen Befugnissen bleibt in der vom Rat der Stadt Jever am 17. November 2011 beschlossenen Fassung bestehen. Dazu gehören auch die im

Artikel I Buchst. m) genannten Verträge über die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (inkl. Bauleistungen) bis zu einem Wert von 25.000,- € je Einzelfall.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 22 Nein 2 Enthaltung 2

TOP 18 Schließen des öffentlichen Teiles der Sitzung

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:59 Uhr.

Genehmigt:

Elke Vredenburg
Vorsitzende/r

Angela Dankwardt
Bürgermeisterin

Uwe Hagedstedt
Protokollführer/in